



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 15. September 2021

### 4359. 2020/41

**Interpellation von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 29.01.2020: Anti-WEF-Demonstration in Zürich, Gründe für die Erteilung der Bewilligung und für das gewählte Einsatzdispositiv der Polizei trotz der angekündigten Gewalt sowie Bezifferung der entstandenen Kosten und Konsequenzen bezüglich deren Verrechnung**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 693 vom 19. August 2020).

*Derek Richter (SVP) nimmt Stellung: Die Antwort auf die Interpellation GR Nr. 2020/41 mag wohl quantitativ befriedigen, qualitativ aber in keinem Fall. Die Antwort auf Frage 1 ist eine Beschwichtigung und Ausflucht, ohne dass man dabei ein Konzept erkennen kann. Wenn im Titel einer Demonstration «anti» steht, lässt das bereits das Gewaltpotential erkennen. In der Antwort auf Frage 2 heisst es, «der Stadtrat ist bestrebt». Das ist schön. Wenn in einem Abschlusszeugnis in der Privatwirtschaft steht «er oder sie war stets bestrebt» ist das so gut wie ein «Killerkriterium», um einen nächsten Job zu bekommen. Für eine Viertelmillion Franken pro Jahr erwarten wir ein besseres Preis-Leistungsverhältnis. Die Antworten auf die Frage 3 und 4 möchten wir in aller Schärfe zurückweisen. Sie sind nachweislich falsch. Es gab konkrete, eindeutige Hinweise auf Gewalt. Einschlägige Foren und Portale liessen eindeutig darauf schliessen, dass es zu Gewalt kommen würde. Diese Portale kennen Sie natürlich bestens – auch die SVP und die Polizei kennen diese. Am 22. Januar 2020 krochen die Gewalttouristen aus ihren Löchern und aus ihren Millionenvillen. Es handelt sich um die «wohlstandsversiffte» Jugend, die nichts Besseres zu tun hat, als nach Zürich zu kommen, um zu demonstrieren und Sachen zu beschädigen. In Antwort auf die Fragen 5 bis 7 heisst es, es gab keine Kontrollen. Die Medienberichte zeigten, dass sich auf dem Helvetiaplatz vermummte Zusammentun. Dass man dort nicht bereits präventiv einschritt, ist ein Totalversagen. Man muss schon mit der rosarot-dunkelgrünen Brille durchs Leben laufen, um das Gewaltpotential nicht zu erkennen. Unsere Vermutung ist, dass man die eigene Klientel schützen wollte. Die Antwort auf Frage 8 zu den Folgekosten wird in zwei Worten beantwortet: «Die Allgemeinheit». Einmal mehr trägt die Allgemeinheit die Folgekosten der Gewalttouristen. Wir können nicht verstehen, warum sich die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) nicht mehr für ihre Kunden einsetzt. Die VBZ braucht Planungssicherheit. Kundgebungen müssen ordentlich angemeldet werden, damit man den Betrieb koordinieren kann. Es wäre wohl besser, wenn man beim öffentlichen Verkehr (ÖV) statt einer Vorkasse das Geld erst später einkassiert. Man kann sich schliesslich mittlerweile bei all den Demonstrationen nicht mehr sicher sein, ob man von Punkt A nach Punkt B kommt. Die Antwort auf die Frage 11 besteht aus irgendwelchen Floskeln über den Prozess, obwohl wir eine einfache Frage nach den Konsequenzen für die Gewalttäter stellten. Ist das so schwierig? Bei der Antwort auf die Frage 12 wies das Sicherheitsdepartement auf die Antwort der Fragen 5 bis 7 hin und dies tue ich nun auch. Die Antwort auf Frage 13 ist*



2 / 2

*völlig lächerlich. Das Polizeigesetz gibt Handlungsspielraum. Die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements sprach vorhin von Verhältnismässigkeit. Es wäre verhältnismässig, wenn man endlich mal sagen könnte, wer das Sagen in Zürich hat: Sind das irgendwelche Demonstranten, die hierherkommen? Ist es das, wofür wir sehr viele Steuern zahlen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten? Die Antwort auf Frage 14 ist süffisant. Wenn Sie die Auflistung studieren, lesen Sie «gegen», «gegen» und nochmals «gegen». Dann kommt irgendwann «Trump not welcome» und dann wieder einfach «gegen» und dann eine Velodemo und dann ein «Zürich gegen WEF». All diese Demonstrationen, die den Steuerzahler sehr viel Geld kosten, werden einfach «laissez-faire» der Allgemeinheit aufgebürdet. Das ist indirekter Diebstahl und dagegen tritt die SVP an. Das lassen wir uns nicht gefallen.*

Das Geschäft ist erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat